



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Haseloff, Feußner und Geier begrüßen Start für jüdischen Religionsunterricht in Halle

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff und Bildungsministerin Eva Feußner haben heute gemeinsam mit Halles Bürgermeister Egbert Geier die erste Unterrichtsstunde im Rahmen des Starts eines Modellprojektes für jüdischen Religionsunterricht an Grundschulen in Halle (Saale) besucht.

„Jüdisches Leben gehört fest zu Sachsen-Anhalt. In Magdeburg und Dessau-Roßlau entstehen neue Synagogen. Da ist es nur zu begrüßen und ein folgerichtiger Schritt, dass auch jüdischer Religionsunterricht erteilt wird. Ich bin sehr froh, dass es dieses Angebot in Halle nun gibt“, so Haseloff.

Bildungsministerin Feußner betonte: „Es freut mich außerordentlich, dass es in Sachsen-Anhalt nunmehr auch jüdischen Religionsunterricht gibt, der Schülerinnen und Schülern nicht nur Wissen darüber, was Deutschland in so vielerlei Hinsicht wirklich fundamental prägt, vermittelt, sondern auch die dahintersteckenden Wertvorstellungen. Das Judentum ist eine so interessante Religion, die es wahrhaft wert ist, nunmehr auch im Rahmen schulischen Religionsunterrichtes in Sachsen-Anhalt als dem Land Moses Mendelssohns, Kurt Weills und so vieler anderer behandelt zu werden. Wer unsere Gegenwart wirklich vollumfänglich verstehen will, kommt an jüdischer Geschichte und jüdischem Glauben nicht vorbei.“

„Das Angebot jüdischen Religionsunterrichts an Schulen stärkt unser Bemühen, die jüdische Geschichte und Gegenwart auch in Halle (Saale) noch sicht- und erlebbarer zu machen. Wir tun dies bereits verstärkt mit zahlreichen Angeboten für Jugendliche und Erwachsene - gerade ganz aktuell im Rahmen der 8. Jüdischen Kulturtag in Halle. Mit dem jüdischen Religionsunterricht für Kinder kommt eine weitere Facette hinzu. Das neue Angebot bereichert den Bildungskanon unserer Kinder in einem nicht zu unterschätzenden Umfang. Es steht allen Kindern offen und fördert Toleranz, Empathie und Verständnis - unabdingbare Bausteine für eine offenes, respektvolles Miteinander. Die Orientierung darauf können wir nicht früh genug beginnen. Der Unterricht trägt mit dazu bei, jüdische Religion und Kultur als integrale Bestandteile unseres gesellschaftlichen Lebens zu etablieren. Ich freue mich sehr, dass das Projekt an einer Schule in Halle startet und hoffe, dass wir zukünftig an weiteren Schulen in Halle und in Sachsen-Anhalt jüdischen Religionsunterricht anbieten können“, erklärte Bürgermeister Geier.

Der Unterricht wird an der Johannesgrundschule in Halle durchgeführt. Die Schule ist Korrespondenzschule für jüdischen Religionsunterricht. Alle Schülerinnen und Schüler aus anderen Grundschulen, welche am jüdischen Religionsunterricht teilnehmen wollen, werden hier unterrichtet. Insgesamt haben sich 14 Schülerinnen und Schüler der 1. und zum Teil 2. Klasse dafür angemeldet.

Der Unterricht wird im Rahmen des Pilotprojektes gleichrangig neben katholischem und evangelischem Religionsunterricht sowie dem Fach Ethik in der Schuleingangsphase (Klasse 1 und 2) beginnend und aufwachsend fortgeführt. In Abstimmung mit dem Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt steht er allen Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 1 und 2 im gesamten Stadtgebiet von Halle offen, unabhängig davon, ob diese konfessionell gebunden sind.

Der Unterricht wird durch eine im Dienste des Landesverbandes stehende Gestellungslehrkraft erteilt. Als curriculare Grundlage für das erste Projektschuljahr 2021/22 dient nach Abstimmung zwischen dem Landesverband und dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) der Lehrplan für „Jüdische Religionslehre“ für die Grundschule aus Nordrhein-Westfalen.

Das Pilotprojekt wurde zwischen dem Landesverband Jüdischer Gemeinden, dem Ministerium für Bildung, dem LISA und dem Landesschulamt initiiert. Es geht auf das am 6. Oktober 2020 beschlossene Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus zurück.

Impressum:
Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle
Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666
Fax: (0391) 567-6667
Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de